(Zweites Blatt.)

Thorner Zeitung

Nr. 137. Freitag, den 15. Juni 1900.

Der Reichstag ist nach Hause gegangen,

nachdem er seine Schuldigkeit in vollem Maaße gethan und sich damit die Anerkennung der verbündeten Regierungen und den Dank aller derjenigen erworben hat, denen an einer positiven Erledigung der zahlreichen und wichtigen Gesetzentwürfe der abgeschlossenen Tagung gelegen war. Nicht weniger als 209 Sitzungen hat der Reichstag in der verflossenen Doppelsession abgehalten, deren erster Abschnitt vom 6. Dezember 1898 bis zum 23. Juni 1899, deren zweiter vom 14. November 1899 bis zum 12. Juni 1900 währte. Namentlich der letztere Abschnitt war reich an Erfolgen; wir erinnern nur an die Verabschiedung der Post- und Telephongesetze, der Unfallversicherungsgesetze, des Fleischschaugesetzes, der lex Heinze und besonders der großen Flottenvorlage. Dabei hatte der Reichstag in der zweiten Hälfte des letzten Sessionsabschnitts mit ganz ungewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die sich durch die wegen der lex Heinze aufgenommenen Obstruction einstellten. Aber alle diese Schwierigkeiten sind siegreich überwunden worden, und der Reichstag hat das erhebende Bewußtsein mit nach Hause genommen, sich um das Vaterland wohl verdient gemacht zu machen. — Dieser Thatsache verleiht die ministerielle „B C." Ausdruck, indem sie erklärt, der abgelaufene Abschnitt parlamentarischer Thätigkeit dürfe unter die wichtigsten und erfolgreichsten Reichstagssessionen überhaupt gerechnet werden. Der erfolgreiche Verlauf der nun abgeschlossenen Session eröffne zugleich einen erfreulichen Ausblick auf die für die nächsten Jahre bevorstehenden wichtigen gesetzgeberischen Arbeiten und auf ein ferneres einmüthiges Zusammenwirken des Bundesraths und des Reichstags zum Wohle des Vaterlandes. — Von einer officiösen, dem Herrn von Miquel nahe stehenden Stelle, erfährt das Lob der ministeriellen „B. C." dagegen eine bemerkenswerthe Einschränkung. Trotz aller Befriedigung über die Annahme der Flottenvorlage, heißt es da, müsse die Verquickung der Bewilligung mit einer Lösung der Deckungsfrage doch ernste Bedenken erwecken, zumal die Vorschläge auf Aenderung des Zoll- und Reichsstempelgesetzes keineswegs einwandsfrei erschienen. Vergleiche man ferner mit dem langwierigen und nichts weniger als glatten Verlauf der Behandlung der Flottenvorlage im deutschen Reichstage die rasche Entschlossenheit, mit der in den Parlamenten Englands und Frankreichs Flottenfragen gelöst würden, so müsse man sagen, daß der deutsche Reichstag nicht entfernt das Maaß nationaler Spannkraft gezeigt habe, das anderen Parlamenten beiwohnt. Wir glauben dieser Tadel wird allgemein als ungerecht empfunden und zurückgewiesen werden, da aller Orten das Verlangen nach einer sehr gründlichen Prüfung der Deckungsfrage bestand, und die Prüfung dieser Frage war doch allein, die die Verhandlungen verlängerte. — In den flottenfreundlichen nationalliberalen und freikonservativen und konservativen Blättern lautet das Urtheil auch ganz anders. So sagen die „B. N. N.": Deutschland darf das Zustandekommen des Flottengesetzes mit hoher Befriedigung begrüßen. Es bezeichnet für kommende Geschlechter die Schwelle einer größeren Zukunft und vielleicht allen denen, die zu diesem nationalen Erfolge mitgewirkt haben, gerechten Anspruch auf die Dankbarkeit einer späteren Zeit. In fast dem nämlichen Sinne sprechen sich eine große Anzahl anderer flottenfreundlicher Blätter aus. — Die Opposition giebt dem Centrum an dem Zustandekommen des anfänglich von dieser Partei entschieden bekämpften Gesetzes Schuld. Das Centrum erntet den Dank, so schreibt z. B. die „Voss. Ztg.", das sich erst neuerlich bekehrt hat. Das Centrum geht trotz der Niederlage bei der lex Heinze mit dem Gefühl des Siegers heim zu seinen Häusern und lebt der Hoffnung, daß die Zukunft den Satz bestätigen werde: Katholisch ist Trumpf! — Der Reichskanzler wie der Staatssekretär Graf v. Bülow versuchten zum Schlusse noch, der vielfach recht heftig geführten Flottendebatte einen friedlichen Ausklang durch persönliches Eingreifen zu verleihen. Das ist auch bis zu einem gewissen Grade geschehen und wäre sicherlich noch besser erreicht worden, wenn es dem Fürsten Hohenlohe nicht an jedem Rednertalent gebräche. Der greise Staatsmann las seine Ausführungen von kleinen Blättchen ab, auf die er die Rede notiert hatte. Dabei geschah es nun, daß die Blättchen durcheinander geriethen und der Fürst außer Stande war, die rechte Reihenfolge schnell wiederherzustellen. Er sah sich daher genöthigt, noch mehreren vergeblichen Versuchen eine längere Pause eintreten zu lassen, während deren er sich setzte und sein Manuskript ordnete, erst dann konnte er die Verlesung seiner bedeutsamen Rede beendigen.

Deutsches Reich.

Berlin, den 14. Juni 1900.

An die Thätigkeit der vom Reichsmarineamt nach den westdeutschen und oberschlesischen Industriebezirken entsandten Kommission zur Information über die für den Kriegsschiffbau in Betracht kommenden Werke werden einige Schlußfolgungen geknüpft. Es war, wie die „B. N. N." hervorheben, durchaus nicht Sache der Kommission, den Werken gelegentlich der Informationsreise bestimmte Aufträge zu ertheilen noch Versprechungen für die Zukunft zu machen; derartige Abmachungen lagen überhaupt nicht in Rahmen der Befugnisse der Kommission. Die praktischen Folgen über das Ergebniß der Reise werden und können sich erst in der nächsten Zukunft zeigen.

Der Zollausfall ist von der Finanzverwaltung auf 1½ Millionen M. berechnet worden. Die Reichsregierung würde sich aber sehr enttäuscht sehen, so bemerkt dazu die „Freihandels Corr." wenn sie diese Einnahme durch Aufhebung der Zollfreiheit zu erhalten hoffen sollte. Die Folge würde vielmehr die sein, daß sich die meist in ärmlichen Verhältnissen befindlichen Bewohner der Grenzgebiete der Genuß von Fleisch und Butter auch weniger gestattet würden als bisher.

Ein geheimer Minimaltarif. Wie der „Post" zufolge verlautet, besteht an maßgebender Stelle die Absicht, neben dem künftigen allgemeinen Zolltarif nicht, wie ursprünglich geplant gewesen sein soll, einen offenen Minimaltarif mit bestimmten, gesetzlich festzulegenden Zollsätzen aufzustellen, sondern in geheimer Abmachung mit den wichtigsten Vertretern der hauptsächlichsten Produktionszweige Mindestzollsätze festzusetzen, die aber der Oeffentlichkeit und vor Allem dem Auslande vorzuenthalten wäre. Ein Tarif im eigentlichen Sinne des Wortes wäre das nicht und für die Regierung würde eine derartige geheime Festsetzung nicht einmal bindend sein, vielmehr nur als Information dafür dienen, wie weit bei der künftigen Handelsvertragsverhandlungen unter die Sätze des allgemein, gesetzlich festgelegten Zolltarifs herabgegangen werden dürfte. Da die Handelsvertragsverhandlungen mit den fremden Staaten erst im Jahre 1902 beginnen werden, sich bis dahin die Verhältnisse in manchen Zweigen unserer heimischen Industrie aber geändert haben werden, wodurch die heutigen Mindestzollgrenzen eine wesentliche Verschiebung erfahren müssen, so werden es die Regierungen für zweckmäßig erachten, während des Verlaufs der Vertragsverhandlungen nochmals in Berathungen mit den verschiedenen Erwerbsgruppen zu treten.

Da schon zu Anfang nächsten Jahres die kürzlich gesetzlich beschlossene Verstärkung der Kameruner Schutztruppe auf 1050 Mann durchgeführt sein muß, damit zur Ausnutzung der günstigen Lage im fernen Hinterlande die Tschadsee-Expedition gleich zu Anfang nächsten Jahres eingeleitet werden könne, so wird Anfang Juli ein Kommando von Offizieren und Unteroffizieren mit einem Wörmann-Dampfer nach Kamerun abgehen.

Fahrt eines deutschen Geschwaders nach Brest? In der französischen Presse tauchen die bereits früher als falsch zurückgewiesenen Gerüchte wieder auf, denen zufolge der Besuch eines deutschen Geschwaders in Brest für die nächste Zeit zu erwarten stehe. Soweit die „Post" unterrichtet ist, ist weder früher noch jetzt von der Fahrt eines deutschen Geschwaders nach Brest die Rede gewesen, und nach den zur Zeit bekannten Bestimmungen über die Schiffsbewegungen der deutschen Marine ist auch nicht abzusehen, welche deutschen Kriegsschiffe den gen. französischen Hafen anlaufen sollten.

Die Tendenz der neuen Handelsverträge wird den Agrariern günstig sein, das ist von Regierungsvertretern erklärt und von den betheiligten Kreisen als zuverlässig bezeichnet worden. Das Fleischschaugesetz hat bereits eine Probe geliefert, wie weit die Regierung den Interessen der Landwirthschaft entgegenzukommen bereit ist. Neuerdings wird wiederum ein Plan der Reichsregierung bekannt, der eine agrarfreundliche Maßnahme in Aussicht stellt. Im Grenzverkehr ist die Einführ von Fleisch und Butter in Mengen von nicht mehr als zwei Kilo und von Mühlenfabrikaten und Backwaaren in Mengen von nicht mehr als drei Kilo zollfrei zugelassen worden. Diese Bestimmung wurde, wie die „Voss. Ztg." erwähnt, im Jahre 1879 getroffen, weil der Reichstag und die Regierung der Meinung waren, daß die Grenzbewohner, die auf die Versorgung mit den nothwendigen Lebensmitteln vom Auslande her angewiesen sind, sehr geschädigt werden würden, wenn man von ihnen die Verzollung dieser Lebensmittel verlangte. Jetzt besteht nun die Absicht, diesen freien Grenzverkehr aufzuheben. Es ist auch Thatsache, daß alle auf die Zollfreiheit im Grenzgebiete sich beziehenden Bestimmungen des gegenwärtigen Zolltarifs in den neuen Zolltarifentwurf nicht übernommen worden sein.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom 13. Juni.

Ohne Debatte werden in dritter Berathung der Gesetzentwurf betr. Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a. M. und in zweiter Lesung das Pensions- und Reliktenfürsorge-Gesetz für evangelische Organisten, Kantoren und Küster angenommen. Desgleichen in erster und zweiter Lesung die beiden Gesetze betr. Verpflichtung der Gemeinde zur Bullenhaltung in den Provinzen Hannover und Westphalen. Es folgt die Berathung (die eine einmalige ist) des Entwurfs und Kostenanschlags für den Umbau des Sitzungssaales des Abgeordnetenhauses. Die Kosten sind auf 220 000 Mk. veranschlagt.

Abg. v. Pappenheim (kons.) erklärt, seine Freunde würden gegen den Entwurf stimmen. Es sei nichts weniger als erwiesen, daß mit dem Umbau der angestrebte Zweck erreicht werde. Auch würden schon jetzt die Redner viel besser verstanden werden, wenn nicht so viele Einzelgespräche im Saale stattfänden.

Abg. Kirsch (Ctr.) hält es demgegenüber für eine Nothwendigkeit, auf dem Wege des Umbaus den Versuch zur Erzielung einer besseren Akustik zu machen. Die Klagen über die mangelhafte Akustik seien doch während des ganzen Jahres zu allgemeine und berechtigte gewesen.

Abg. v. Heereman (Ctr.) bleibt, obwohl er von der Tribüne spricht und die Abgeordneten aufmerksam zuhören, so daß Ruhe im Hause herrscht, auf der Journalistentribüne unverständlich. Er scheint aber für den Entwurf zu sprechen.

Abg. v. Eynern (ntl.) bemerkt, in der Baukommission seien auch die Konservativen dafür gewesen; woher der plötzliche Umschwung kommt, wisse er nicht. Wenn die Herren Konservativen gegen den Entwurf der Regierung stimmen wollen, so sollten sie eigentlich mit uns die Plätze tauschen. (Heiterkeit.) Nach ihrer Kolonialpolitik hätten sie ja ohnehin nicht mehr auf die Bänke rechts, sondern auf die andere Seite des Hauses gehört. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Schmitz (Ctr.): Man sehe nur einmal, wie die Herren auf der Journalisten-Tribüne die Hand an das Ohr halten müssen, um etwas zu hören und dann eifrig zu arbeiten. Das ist ja gar nicht auszuhalten. (Heiterkeit.)

Abg. Rickert (frs. Verg.) stimmt dem zu, die Akustik sei einfach schauderhaft. Richtig sei es, daß das Geräusch im Hause mitwirke. Woher aber das Geräusch? Weil man eben nicht hören kann, was der Redner spricht.

Abg. Pappenheim (kons.) bleibt dabei, so lange nicht bestimmt zugesichert werde, daß der Umbau von Erfolg in Bezug auf bessere Akustik sei, möge man denselben unterlassen. Denn die schöne Ventilation und guter Luft würde jedenfalls unter dem Umbau leiden. Ein Regierungsvertreter erklärt, die Schönheit des Saales werde unter dem Bau nicht leiden, und an guter Luft werde es auch nicht fehlen. Dazu blieben die Raumverhältnisse des Saales doch noch groß genug.

Abg. Kirsch (Ctr.): Die Konservativen sollten doch erst recht für den Umbau stimmen, denn dadurch wird doch die Kanalvorlage verzögert, da der Umbau sechs Monate dauert. (Heiterkeit.)

Abg. Bockelberg (kons.) beantragt, den Beschluß auszusetzen bis zur Vorlegung eines Modells. (Heiterkeit.) Dieser Antrag wird abgelehnt gegen die Stimmen der Konservativen und die Vorlage hierauf angenommen. Es folgen Eingaben. Zunächst solche von Bahnmeistern, Bahnschaffnern, Bahnwärtern. Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Nachdem Abg. Graf Limburg (kons.) diesen Antrag empfohlen, bittet Eisenbahnminister v. Thielen das Haus dringend, die Gehaltsverbesserungen in seiner Verwaltung als vorläufig zum Abschluß gebracht zu betrachten. Die verschiedenen Beamtenklassen stachelten sich gegenseitig zu immer neuen Forderungen auf, darunter müsse die Disciplin leiden, an der gerade in diesem Ressort der Staat und seine Bewohner ganz besonders interessirt seien.

Abg. v. Eynern empfiehlt einen inzwischen eingegangenen Antrag Kirsch auf Ueberweisung der Petitionen an die Regierung zur Erwägung.

Abg. v. Erffa (kons.) wirft den Abgeordneten, die für solche Forderungen von Beamten unablässig eintreten, vor, nur die Leute zur Unzufriedenheit anzureizen.

Die Abgg. Wallbrecht (ntl.) und Goldschmidt (frs. Vp.) protestiren lebhaft dagegen. Hierauf wird der Antrag Kirsch abgelehnt und das Pensions- und Reliktengesetz für Küster u. s. w. angenommen.

Nach Erledigung noch einiger Petitionen erfolgt Vertagung.

Nächste Sitzung Freitag. (Berathung der etwa aus dem Herrenhause zurückkommenden Gesetze.)

Herrenhaus.

Das preußische Herrenhaus setzte am Mittwoch die Berathung der Waarenhaussteuer fort. Die Oberbürgermeister Bloder-Breslau und Becker-Köln wendeten sich gegen diese Steuer, die von den übrigen Rednern befürwortet wurde. Finanzminister erklärte, das Gesetz werde die Communen anregen, selbstständig zur Aenderung ihres Steuerwesens zu schreiten. Die Communen sollten bei der Besteuerung auch Sozialpolitik treiben, so würde es die Regierung z. B. begünstigen, wenn Arbeiterwohnhäuser niedriger besteuert werden. Der Grund legende § 1 der Vorlage wurde alsdann mit einem Amendement angenommen, das die Offizier-Beamtenwaarenhäuser von der Steuer ausnimmt. Das Haus beschloß bezüglich der Waarenhaussteuer schließlich, die Steuer erst bei einem Jahresumsatz von 400 000 M. eintreten zu lassen. Da das Abgeordnetenhaus diese Summe auf 300,000 M. festgesetzt, so muß die Vorlage noch einmal an das Abgeordnetenhaus zurück, wodurch der Schluß der preußischen Landtagssession um einige Tage hinausgeschoben wird.

Vermischtes.

Das Palais der Kaiserin Friedrich gegenüber dem Zeughause in Berlin, wird augenblicklich einer gründlichen Renovation unterzogen. Die Fassade des umfangreichen Gebäudes erhält eine neue Putzverkleidung, und auch im Innern finden mancherlei Reparaturen statt. Das Palais ist das Geburtshaus des regierenden Kaisers.

Das Reichsgericht in Leipzig beschäftigte sich am Dienstag mit der Revision des wegen Ermordung der Berliner „Gypsschulzen" und ihrer Tochter zum Tode verurtheilten Schuhmachers Gönczi. Der Reichsanwalt beantragte Verwerfung. Die Urtheilsverkündigung wurde auf Freitag vertagt.

In der Nähe des Finkenwalder Bahnhofes in Stettin geriethen am Sonntag Abend die Fleischermeister Paul Berg und Richard Dallmann mit mehreren Offizieren in Streit. Einer der Letzteren zog seinen Degen und drang damit auf die Fleischermeister ein. Berg entriß ihm jedoch die Waffe und gab sie an Dallmann, worauf Beide davonliefen. Der Offizier gab dann einigen gerade des Weges kommenden Trainsoldaten den Auftrag, die beiden Fleischer zu verfolgen und ihm seinen seinen Degen zurückzubringen. Die Soldaten führten diesen Auftrag in der Weise aus, daß sie Dallmann mit ihren Seitengewehren niederschlugen und ihm die Waffe wieder abnahmen. Dallmann, ein 31jähriger, erst seit Kurzem verheiratheter Mann, hatte so schwere Verletzungen davongetragen, daß er denselben gestern erlegen ist. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Der Verein deutscher Rosenfreunde hält seine diesjährige Rosenausstellung vom 27. Juni bis 6. Oktober in Trier ab. Es sind etwa 30 000 Rosenstöcke, darunter an 4000 Hochstämme der schönsten und seltensten Art, angepflanzt worden. Deutschland, Amerika, Japan, Frankreich, Holland und Luxemburg sind darunter vertreten. Die Kaiserin Friedrich hat einen Ehrenpreis für deutsche Rosen gestiftet.

Mutterliebe. Aus Liebe zu ihrem Kinde ist die 45 Jahre alte Ehefrau des Arbeiters Kirst zu Hörde in Westphalen zu einer wahren Märtyrerin geworden. Ihr Sohn hatte sich vor längerer Zeit auf dem Hörder Werke schwere Brandwunden zugezogen, die trotz aller Bemühungen des behandelnden Arztes nicht heilen wollten und den jungen Menschen an den Rand des Grabes brachten. Der Arzt sah nur noch eine Rettung und zwar in der Verpflanzung großer Stücke frischer Menschenhaut auf die verletzten Stellen. Als die Mutter des unglücklichen Sohnes diesen Ausspruch des Arztes vernahm, erklärte sie sich, trotzdem große Flächen Haut nothwendig waren, sofort bereit, ihrem Kinde zu helfen. Vor etwa 14 Tagen nahm dann der Arzt die Operation vor und trennte der Frau aus beiden Oberarmen die nothwendigen Stücke ab, welche auf die Brandwunden des Sohnes verpflanzt wurden. Da die nöthigen Hautstücke,

um die Gesundheit der Frau nicht zu gefährden, nicht mit einem Male entnommen werden konnten, so ließ die muthige Frau bald darauf dieselbe Operation an ihren Oberschenkeln vornehmen. Sie ertrug auch diese Operation mit der größten Geduld ohne Narkose. Die aufgelegten Hautstücke beschleunigten bei dem jungen Manne thatsächlich den Heilproceß der Brandwunden, und die Mutter hatte die Genugthuung, ihren Sohn durch das gebrachte Opfer vor dem Tode bewahrt zu sehen.

Damenkleider aus Stroh sind das Neueste in Paris. Gegenwärtig ist im Palais des Tissus in Paris ein Kleid aus Stroh ausgestellt, welches das Interesse der Damen im höchsten Grade erregt. Erfinder dieser Neuheit ist der junge Schneider Schubatz. „Das Stroh“, sagte er, „ist ungemein leicht zu verarbeiten und nimmt jede Form an, die man ihm zu geben wünscht. Wir haben längst den Strohhut, warum sollte man aus demselben Material nicht auch ein vollständiges Kleid fertigen können? Ich machte mich an die Arbeit, und es gelang.“

Der verlobungslustige Ehemann. Als ein netter Ehemann erwies sich ein Friseur aus Leipzig, der sich in Delitzsch auf Arbeit befand. Dort knüpfte er mit einen jungen Mädchen ein Liebesverhältniß an, obgleich er in Leipzig eine Frau mit zwei Kindern besaß. Er trieb die Kühnheit so weit, sich mit dem Mädchen zu verloben und die stattgehabte Verlobung durch Anzeigen und in Zeitungen seinen Bekannten mitzutheilen. Laut der Anzeige sollte der glückliche Bräutigam aus Baden sein. Doch erhielt seine Braut bald auf eigenartige Weise den Beweis, daß er aus Leipzig stammte. Die Gattin des Friseurs hatte nämlich Kunde von dem Streiche ihres Adolf erhalten. Sie machte sich sofort auf den Weg nach Delitzsch, und der Zufall wollte es, daß sie das junge Paar schon auf dem Bahnhof traf. Durch eine mitgebrachte Photographie konnte die Frau dem jungen Mädchen ihre älteren Ansprüche beweisen, denn auf dem Bilde prangte sie mit zwei Kindern neben dem — Neuverlobten.

Ueber die chinesischen „Boxer“, die jetzt den europäischen Großmächten viel zu schaffen machen, wird berichtet: die Boxer sind eine sehr alte Gesellschaft, aber ihr Name „Boxer“ ist sicherlich jüngeren Datums. Die Vereinigung führte früher den Namen „Ta Tao Hwei“ oder die „Gesellschaft vom großen Schwerte“. Es kommt in China sehr häufig vor, daß derartige Gesellschaften ihren Namen wechseln, denn sobald ein Edikt gegen sie erlassen wird, ändern sie den Namen einfach und bestehen unter einem anderen Titel völlig ungehindert weiter fort. Die Boxer hatten sich früher zur Aufgabe gestellt, durch kräftige körperliche Uebungen ihre physischen Kräfte zu stärken und sich so zu tapferen Vertheidigern ihrer Familien heranzubilden. Sie waren die geschworenen Feinde des Banditen- und Räuberthums und thaten so dem Lande gute Dienste. Die Lust an athletischen Spielen haben sich die Boxer bis heute bewahrt, aber aus einer geachteten und beliebten Privatgesellschaft sind sie zu einer fanatischen, politischen Partei geworden, zu der angeblich 11 Millionen Menschen gehören. Die Missionare meinen, daß es meistens die niedrigen Elemente des Volkes sind, die sich den Boxern anschließen, die es sich jetzt zur Aufgabe gemacht haben, jedes fremdländische Element, vor Allem die Missionare, aus dem Reich der Mitte zu vertreiben.

Der letzte Schweizer „Standschütze“, Streiff-Luchsinger, ist neulich in Basel zur Ruhe gebettet worden. Es handelt sich um einen Schützen, der das aus dem Militärdienst herübergekommene Knieen und Liegen bei der Schußabgabe verschmähte und freihändig stehend ohne irgend ein Hilfsmittel anschlug und schoß. Als 18jähriger hat er seinen ersten silbernen Pokal herausgeschossen. Im Laufe der Zeit brachte er es auf 252 Becher; 2 Jahrzehnte lang war er Schützenkönig. Streiff-Luchsinger erreichte ein Alter von 75 Jahren.

Zwanzig Zwanzigmarkstücke, die er in den Stiefeln bei sich trug, haben einem Landmann, der dieser Tage hier zugereist war, so zugesetzt, daß er mit „durchlaufenen“ Füßen auf einer Wiese an der Stralauer Allee aufgefunden wurde! Der Siebzigjährige heißt August Mierau und war schon vor acht Tagen aus Ostpreußen hier auf dem Schlesischen Bahnhof eingetroffen, wo ihn seine Verwandten, die ihn abholen sollten, verfehlten. Der altersschwache Mann hatte sich das Geld, welches er bei sich trug, 20 Doppelkronen, in die Stiefel geschüttet, damit sie ihm nicht entwendet werden könnten. So irrte er tagelang im Osten Berlins umher, bis er endlich halb verschmachtet und vor Schmutz starrend aufgefunden wurde. Die Angehörigen haben ihn aus dem Krankenhause Friedrichhain, wohin er gebracht worden war, bereits wieder abgeholt. — Die Stiefeln des Landbewohners müssen in Anbetracht dieser Funktion als Geldschrank immerhin recht geräumig gewesen sein.

Ein neues Verfahren zur Erzeugung hoher Temperatur durch Aluminium hat Dr. H. Goldschmidt-Essen erfunden; mit Hilfe einer Mischung von Metalloxyden und Aluminium, „Thermit“ genannt, wird einfach und schnell eine feurig-flüssige Masse van besonders hoher Temperatur hergestellt. Das Verfahren wird in erster Linie angewendet zur Darstellung chemisch reiner kohlenstofffreier Metalle und ist bei Eisenlegirungen von großer Bedeutung. Zweitens wird es angewendet, um Rohre und Schienen ohne Werkstatt an jedem Orte und jederzeit mit einfachem Tiegel bei erheblich billigeren Kosten zu schweißen. Feurigflüssiges Thermit auf einen Eisenblock gegossen, schmilzt ihn wie heißes Wasser einen Schneehaufen. Diebes- und feuersichere Kassen widerstehen nicht mehr. Panzerplatten werden durchlöchert. Temperaturen von mehr als 3000 Grad nehmen Operationen von 2 bis 3 Minuten in Anspruch. Die Operation verläuft so rasch, daß der Tiegel kalt bleibt und in die Hand genommen werden kann.

Die Gräfin von Schlieben ist unter dem Verdachte der vorsätzlichen Inbrandsetzung in ihrer in Steglitz gelegenen Villa verhaftet und in das Moabiter Untersuchungsgefängniß abgeführt worden. Die von ärztlicher, sachverständiger Seite abgegebenen Gutachten zerstörten vollständig die anfänglich gehegte Meinung, die Gräfin hätte die That in einem Anfall von Geistesgestörtheit verübt. Die Untersuchungsbehörde glaubt vielmehr bereits jetzt vollgiltige Beweise dafür erlangt zu haben, daß die Dame die genannte Villa zweimal in Brand gesteckt habe, um sich aus der Vernichtung ihrer Einrichtungen und Ausstattung einen bedeutenden Vermögensvortheil zu verschaffen. Es ist festgestellt worden, daß Graf v. Schlieben, der bis vor Kurzem noch eine Wohnung in der Potsdamer Straße Nr. 20 inne hatte und als Schriftsteller thätig ist, seit Ende März dieses Jahres die Wohnungseinrichtung seiner Steglitzer Villa nach und nach bis zur Höhe von 200 000 Mark gegen Feuerschaden versichert hatte, eine Summe, die nach den letzthin vorgenommenen Abschätzungen den wirklichen Werth der versicherten Gegenstände ganz bedeutend übertrifft. Graf v. Schlieben hat in den letzten Monaten theils allein, theils mit seiner Gattin mehrfach größere Reisen nach Süddeutschland und der Schweiz unternommen. Nun ist von der Umgebung der Steglitzer Villa beobachtet worden, daß dieselbe bei der jedesmaligen Abreise der Gräfin mit Gas angefüllt war. Die Untersuchungsbehörde nimmt an, daß dies nicht einem Zufall zuzuschreiben ist, sondern daß die Grafin die Gashähne in der Absicht geöffnet hatte, daß die Gase später zur Entzündung gebracht würden. Diese ist zum Glück durch die Vorsicht des Hauspersonals verhütet worden. Die Ursache der beiden Brände, die in den letzten 14 Tagen in der Villa zum Ausbruch gekommen, jedoch noch erstickt wurden, führt, wie schon erwähnt, auf die in der fraglichen Zeit hier anwesend gewesene Frau Gräfin v. Schlieben zurück.

Für die Redaction verantwortlich Karl Frank, Thorn.

Handelsnachrichten.

Amtliche Notirungen der Danziger Börse.

Mittwoch, den 13. Juni 1900.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer dem notirten Preise 2 M. per Tonne sogenannte Factorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Weizen per Tonne von 1000 Kilogr.
inländisch hochbunt und weiß 777 Gr. 153 M. bez.
inländisch bunt 720—723 Gr. 141 M. bez.

Roggen per Tonne von 1000 Kilogramm per 714 Gr. Normalgewicht
inländisch grobkörnig 750 Gr. 144 M. bez.
transito grobkörnig 756 Gr. $108^1/_2$ M. bez.
transito feinkörnig 691—708 Gr. 103 M bez.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr.
transito große 626 Gr. 1:0 M. bez.

Hafer per Tonne von 1000 Kilogr.
inländischer 130 M. bez.
transito 85—97 M. bez.

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr.
transito Victoria- 152M. bez.

Kleie per 50 Klg. Weizen- 4,10—4,30 M. bez.
Roggen- 4,75—4,80 M. bez.

Der Vorstand der Producten-Börse.

Amtl. Bericht der Bromberger Handelskammer.

Bromberg, 13. Juni 1900.

Weizen 136—150 Mark, abfallende Qualität unter Notiz.

Roggen, gesunde Qualität 132—142 Mk., feuchte abfallende Qualität unter Notiz.

Gerste 118—125 Mk. — Braugerste nom. b. 135 Mk., feinste, über Notiz.

Hafer 130—135 Mk.

Futtererbsen nominell ohne Preis. Kocherbsen 140—150 Mk.

Bekanntmachung.

Nachstehendes Ortsstatut betreffend die Ertheilung der Erlaubniß zum Betriebe des Geschäftes eines Pfandleihers in der Stadt Thorn

Für den Gemeindebezirk der Stadt Thorn wird auf Grund des § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1893, des § 34 der Reichsgewerbeordnung und des Cirkular-Erlasses des Königlich Preußischen Ministers des Innern vom 21. September 1879 Folgendes festgesetzt:

Die Erlaubniß zum Betriebe des Geschäftes eines Pfandleihers (nur Rückaufshändlers) ist in der Stadtgemeinde Thorn von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig.

Diese Vorschrift tritt nach Genehmigung durch den Bezirksausschuß in Marienwerder (§ 16 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883) mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Thorn, den 15. Februar 1900.

Der Magistrat.
(L. S.) gez. **Kersten, Stachowitz.**

Vorstehendes Ortsstatut ist von uns in der heutigen Sitzung genehmigt worden.

Thorn, den 28. Februar 1900.

Die Stadtverordneten-Versammlung.
gez. **Boethke.**

Vorstehendes Ortsstatut wird auf Grund der §§ 34 Absatz 1 und 2 und 142 der Reichsgewerbeordnung in Verbindung mit Nr. 3 des Ministerialerlasses vom 21. September 1879 und des § 122 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 genehmigt.

Marienwerder, den 10. Mai 1900.
(L. S.)

Der Bezirksausschuß.
B. 4. II. 461. gez. **Kretschmann.**

wird gemäß § 142 der Gewerbeordnung zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Thorn, den 9. Juni 1900.

Der Magistrat.

Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei Ernst Lambeck, Thorn.